

Es bleibt bei der Flickschusterei

Nina Warken pfeift Tino Sorge zurück



Staatssekretär Tino Sorge brachte einen Basistarif für gesetzlich Versicherte ins Spiel.

Doch seine Chefin Nina Warken pfeift ihn umgehend zurück und verwies auf eine von ihr eingesetzte Expertenkommission.

Monatlang war aus dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) wenig zu hören. Doch kurz nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause überraschte Staatssekretär Tino Sorge (CDU) mit einem neuen Finanzierungsmodell für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), wurde aber von seiner Chefin Nina Warken (CDU) umgehend zurückgepfeiffen.

Basistarif und Zusatzpakete

In der „Bild-Zeitung“ brachte Sorge Anfang September die Idee eines „Basistarifs“ ins Spiel. Der soll deutlich günstiger sein, als der aktuelle durchschnittliche Beitragssatz von 17,7 Prozent und eine „gute Grundversorgung“ umfassen. Ergänzt werden könnte der Basistarif durch „weitere Pakete, die man individuell dazu bucht“. Als Beispiel nennt Sorge eine Zusatzversicherung, die die Kosten für Brillen

übernimmt. Auch im Primärarztmodell sieht Sorge Einsparpotenziale: „Kassen können auch günstigere Tarife anbieten, die zum Beispiel deshalb günstiger sind, weil man sich zu einer bestimmten Arztbindung verpflichtet.“

Doch Sorges Vorschläge waren entweder ein Versuchsballon oder nicht mit seiner Chefin abgesprochen. Denn Nina Warken erklärte einen Tag später im Deutschen Bundestag, dass in ihrem Haus nicht an einem Basistarif gearbeitet werde. Sie verwies vielmehr auf die Zuständigkeit der GKV-Reformkommission. Und dort gebe es keine Denkverbote. Vom Basistarif bis hin zu Leistungskürzungen könne in der Kommission über alles gesprochen werden. Erste Vorschläge sollen im Frühjahr 2026 vorliegen. Die Mitglieder ihrer Expertenkommission stellte Warken am 12. September vor. Nur zwei der zehn Mitglieder sind Ärzte, die Mehrheit bilden

Juristen und Ökonomen. Zahnärzte sind nicht vertreten.

Höhere Beitragsbemessungsgrenze

Da die GKV bereits jetzt finanziell mit dem Rücken zur Wand steht, stellt sich Warken hinter den Vorschlag von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD), die Beitragsbemessungsgrenze in den Sozialversicherungen zu erhöhen. In der GKV soll sie 2026 von 5.512,50 auf 5.812,50 Euro pro Monat steigen. Warken fordert zudem einen höheren Steuerzuschuss, um die Liquidität der Krankenkassen zu sichern. Außerdem werde die Bundesregierung die GKV mit zusätzlichen Darlehen und der Finanzierung des Krankenhaus-Transformationsfonds aus Steuermitteln entlasten.

Leo Hofmeier